

## DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 16.11.2023

Fraktion	Betreff des DAes
ÖVP	Neutorgasse <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Lohr)</i>
ÖVP	Aktualisierung und Fortsetzung des Sachprogrammes Grazer Bäche <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Lohr)</i>
Grüne	Verpflichtende Verwendung von Mehrweggeschirr <i>Dringlichkeit mit Mehrheit angenommen (gegen FPÖ), Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, FPÖ)</i>
SPÖ	Graz – Stadt der Kinderrechte <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
SPÖ	Aktionsplan gegen Männergewalt <i>Dringlichkeit, Antrag und Zusatzantrag einstimmig angenommen</i>
KFG	ADHS-Verdachtsfälle <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Abänderungsantrag einstimmig angenommen</i>
KFG	Lösungen für von diversen Verkehrsmaßnahmen betroffene Gebiete <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr)</i>
Neos	Sanktionen bei illegaler Parteienfinanzierung <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KFG, Neos)</i>
Neos	Entlastung der Vollzeitarbeit im unteren Einkommens-Quartil jetzt <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Lohr)</i>
FPÖ	Schaffung einer Expositur der Dokumentationsstelle Politischer Islam in Graz <i>Dringlichkeit mit Mehrheit angenommen (gegen Neos), Antrag abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr)</i>

CO Daniela GMEINBAUER

16. November 2023

## **A N T R A G** **zur** **Dringlichen Behandlung**

Betreff: Neutorgasse

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Seit März 2023 ist die Neutorgasse zwischen Joanneumring und Andreas-Hofer-Platz gesperrt. Geht es nach Vizebürgermeisterin Judith Schwentner wird die Neutorgasse auch weiterhin gesperrt bleiben. Nach Wochen und Monaten der Versuche, konkrete Antworten über das Schicksal der Neutorgasse unter der Verantwortung der selbsternannten „Gestalterin der Stadt“ Judith Schwentner zu bekommen, wurde nun schlussendlich verlautbart, dass es keinen Durchzugsverkehr mehr in der Neutorgasse geben werde.

Während im Juli beim ersten von der Stadt einberufenen Unternehmer:innen-Stammtisch noch Fragen zugelassen waren und auf eben diese Frage nach der Zukunft der Neutorgasse, nur ausweichend und beschwichtigend geantwortet wurde, kam Anfang September nun die Entscheidung der Vizebürgermeisterin. Eine Entscheidung, die sie offensichtlich einsam gefällt zu haben scheint. Der Koalitionspartner SPÖ berichtet jedenfalls davon, dass es in Sachen Neutorgasse noch zu keiner abschließenden politischen Einigung gekommen wäre. Auch die Bürgermeisterin selbst hat sich in öffentlichen Stellungnahmen gegen eine Sperre der Neutorgasse ausgesprochen.

Fraglich bleibt ohnedies, ob es tatsächlich vertretbar ist, bei einer so neuralgischen Baustelle dieser Größenordnung und Wichtigkeit derart einschneidend von der ursprünglichen Planung und Beschlussfassung abzuweichen und während der laufenden Bauphase auf Zuruf der politisch Verantwortlichen einzugreifen. Es wäre Aufgabe der zuständigen Verkehrsstadträtin gewesen, am Beginn ihrer Amtszeit die Planer über ihre Pläne zur Sperre des Durchzugsverkehrs in der Neutorgasse einzubinden - also noch vor dem Baubeginn! Wäre dies geschehen, hätte es eine andere, für die Straßenbahnführung vermutlich bessere Lösung gegeben, allenfalls auch in Zusammenschau mit den Abbiegerelationen aus und in die Seitengassen der Neutorgasse.

Die Bewohner:innen und Wirtschaftstreibenden der Neutorgasse haben sich jedenfalls verdient, dass die verantwortlichen Politikerinnen endlich eine klare und unmissverständliche Position einnehmen und mit einem konkreten Zeitplan und einem konkreten Plan für die zukünftige Verkehrsführung in der Neutorgasse die (wirtschaftliche) Planbarkeit für die Betroffenen ermöglichen.

Die obere Neutorgasse soll nun temporär zu einer Fahrradstraße gemacht werden. Es ist aber zu erwarten, dass die obere Neutorgasse nach Beendigung der Baustelle auch weiterhin Fahrradstraße bleiben wird. Nicht nur aufgrund der schlechten Erfahrungen mit der zur Fahrradstraße umgewandelten Marburgerstraße stellen sich auch diesbezüglich einige Fragen. So gibt es auch hier keinen Ersatz für rund 20 Autoparkplätze. Auch ein zukünftiges Fahrverbot für PKW ist wie in der Marburgerstraße zu befürchten.

Weiteres Ungemach droht Zeitungsberichten zufolge durch einen angeblichen Planungsfehler der Innenstadtbaustelle. Betroffen davon sei die Sanierung der Tiefgarage am Andreas-Hofer-Platz, deren Zu- und Ausfahrtbereich durch mutmaßliche Planungsfehler der Stadt umgebaut werden müsse. Weiters wird berichtet, dass weder Stadtrat Eber, noch Vizebürgermeisterin Schwentner von dieser Sachlage Kenntnis gehabt hätten und dafür keine Verantwortung übernehmen wollten. Ebenso besorgniserregend sind ebenfalls berichtete Befürchtungen einer „Kostenexplosion“ der Innenstadtbaustelle durch diesen vermeintlichen Planungsfehler.

Es stellt sich daher die Frage, wer tatsächlich Verantwortung und Kosten für diesen vermeintlichen Fehler und daraus resultierenden Umbau übernehmen wird und welche Auswirkung dieser Umbau auf die Dauer der Baustelle haben könnte.

Ich stelle daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

#### **Dringlichen Antrag:**

- Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, den zuständigen Ausschussmitgliedern binnen einer Woche schriftliche Information über die geplante Verkehrsführung in der Neutorgasse zu erteilen.
- Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, den zuständigen Ausschussmitgliedern binnen einer Woche schriftliche Information über den derzeitigen Stand der Baukosten und den Gründen für etwaige Baukostenüberschreitungen zu erteilen.
- Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, den zuständigen Ausschussmitgliedern binnen einer Woche schriftlich darüber Auskunft zu erteilen, ob es tatsächlich zu einer Fehlplanung der Innenstadtbaustelle im Bereich der Tiefgarage am Andreas-Hofer-Platz gekommen ist und welche Auswirkungen ein Rechtsstreit mit dem Betreiber der Tiefgarage nach sich ziehen würde.
- Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, den zuständigen Ausschussmitgliedern binnen einer Woche Informationen über die geplante Verkehrsführung für die obere Neutorgasse nach Beendigung der Innenstadtbaustelle zu übermitteln.

GR HR DI Georg TOPF

16.11.2023

## **A N T R A G** **zur** **Dringlichen Behandlung**

Betreff: Aktualisierung und Fortsetzung des Sachprogrammes Grazer Bäche

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Das Sachprogramm Grazer Bäche ist ein Arbeitsprogramm, welches als wesentliches Ziel die Hochwassersanierung der Grazer Siedlungsräume zum Inhalt hat. Die Bearbeitung erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt, Land und Bund. Dabei gilt die Prämisse, neben dem Hochwasserschutz – im Sinne eines ganzheitlichen Planungsansatzes – auch die ökologische Funktionsfähigkeit sowie Erlebbarkeit für die Bevölkerung wiederherzustellen.

Folgende wesentliche Ziele wurden formuliert:

- die von Hochwasser betroffenen Bauobjekte schützen
- die ökologische Funktionsfähigkeit der Bäche wiederherstellen
- die Bäche als Naherholungsraum für die Bevölkerung erlebbar machen
- das Kanalsystem der Stadt entlasten
- die Naturverbundenheit der Grazer Bevölkerung stärken
- die Bäche wieder ins Bewusstsein der Menschen rücken

Im derzeit aktuellen, zur Verfügung stehenden Sachprogramm sind die Baumaßnahmen mit der jeweiligen Benennung des Baches, der erforderlichen Arbeiten und des vorgesehenen Umsetzungszeitraumes bedauerlicherweise nur bis zum Jahr 2021 angeführt, sodass eine Aktualisierung und Fortsetzung des für die Daseinsvorsorge notwendigen Hochwasserschutzes höchst geboten sind. Nach den Hochwasserereignissen im heurigen Jahr wären dies insbesondere auch Maßnahmen, z.B. im Bereich des Ragnitzbaches und des Stiftingtalbaches - auch im Zusammenhang mit der dort vermehrt auftretenden Hangwasserproblematik.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

### **Dringlichen Antrag:**

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die für das Sachprogramm Grazer Bäche zuständige Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner wird um Prüfung ersucht, inwieweit die nach wie vor erforderlichen Baumaßnahmen im Bereich des Ragnitzbaches und des Stiftingtalbaches in einem aktualisierten Programm dargestellt und fortgesetzt werden können.

Bis zu der im Jänner 2024 stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung ist ein diskussionsfähiger Entwurf vorzulegen.



## **Dringlicher Antrag der Grünen-ALG**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 16. November 2023

von

**GR DI David Ram**

### **Betrifft: Verpflichtende Verwendung von Mehrweggeschirr**

In der Stadt Graz gibt es eine Vielzahl von Veranstaltungen im öffentlichen Raum und in Veranstaltungsstätten, die Tausende von Besucher:innen nach Graz locken. So wurden z.B. beim Aufsteirern 2022 in Graz lt. Veranstalter 120.000 Besucher:innen gezählt. Der Grazer Advent 2022 mit seinen 14 Adventmärkten und 200 Standler:innen verzeichnete bis Mitte Dezember bereits mehr als eine Million Besucher:innen. Für das Jahr 2019 wird die Zahl der Besucher:innen bei den größten Veranstaltungen in Graz auf ca. 2.6 Millionen geschätzt. Veranstaltungen an festen Veranstaltungsstätten (z.B. im Stadion, der Messe Graz etc.) sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Veranstaltungen haben direkte und indirekte Umweltauswirkungen. Dazu zählen der Anfall von Abfall, der Ressourcenverbrauch (Material, Strom, Wärme, Wasser), die Verpflegung, die An- und Abreise der Gäste, die Transportwege für die Anlieferung uvm. Es gibt nur vage Vergleichszahlen für einzelne Umweltauswirkungen von Veranstaltungen, die einen ersten Rückschluss auf Graz erlauben und die Dimension erkennen lassen. So werden laut der Energieagentur NRW1 pro Person auf einer Veranstaltung 2 kg Abfall und etwa 37 kg CO<sub>2</sub> im Durchschnitt produziert. Umgerechnet auf die Besucher:innenzahlen 2019 in Graz ergibt das 5.200 t Abfall (= 11 % des Restmüllaufkommen in der Stadt Graz pro Jahr) und rund 9.600 t CO<sub>2</sub>.

Bei vielen Veranstaltungen ist die Verwendung von Einwegartikeln (Becher, Flaschen, Dosen, Geschirr) für eine große Abfallmenge verantwortlich. Eine der wichtigsten Maßnahmen für die Abfallvermeidung und damit Reduktion der ökologischen Auswirkungen von Veranstaltungen ist die Verwendung von Mehrweggeschirr und –gebinden, also Essgeschirr, Becher und Besteck. Auch im Vergleich zu Wegwerfalternativen aus sog. Biokunststoffen ist die Mehrweglösung die ökologisch sinnvollste. Durch die Verwendung von Mehrweggeschirr können bis zu 90% der bei Veranstaltungen

**Die Grünen- Alternativliste Graz. Gemeinderatsklub.** Rathaus. 3. Stock. Zimmer 360. 8011 Graz. Österreich

anfallenden Abfälle vermieden werden. Auch um die Klimaziele, die in nationalen und internationalen Klimaschutzabkommen festgelegt sind zu erreichen, ist die Stadt Graz gefordert, ihr Augenmerk auch auf Veranstaltungen zu richten und diese in Zukunft nachhaltiger auszurichten.

Im Bereich der Stadt Graz haben wir die Möglichkeit, auf Grundlage einer Richtlinie<sup>1</sup> bei Veranstaltungen, die auf öffentlichen Flächen stattfinden, die Verwendung von Mehrweggeschirr als Zustimmungsvoraussetzung vorzuschreiben. Bei manchen Veranstaltungen, wie dem Marathon, wird aus Sicherheitsgründen davon abgesehen. Auch in den Grazer Bädern kommt im Gastro-Bereich noch immer Einweggeschirr zum Einsatz. Von Seiten der Freizeitbetriebe wird auf bestehende Pachtverträge verwiesen, die eine Verpflichtung zu Mehrweggeschirr nicht erlauben würden. Bei der Erneuerung solcher Pachtverträge sollte jedoch jedenfalls eine Neuregelung in Richtung Mehrweggeschirr inkludiert werden. Gespräche dazu wurden und werden geführt.

Veranstaltungen finden aber nicht nur im öffentlichen Bereich statt, sondern auch auf genehmigten Veranstaltungsflächen, wie etwa am Vorplatz beim Stadion Liebenau, wo derzeit vorwiegend Einwegbecher eingesetzt werden, verbunden mit dem entsprechenden Müllaufkommen. Hier gibt es keine Möglichkeit der Stadt, Mehrweggeschirr vorzuschreiben, dafür wäre eine landesgesetzliche Änderung notwendig. Bislang wird nämlich in der Steiermärkischen Veranstaltungssicherheitsverordnung die Verwendung von Mehrfachgeschirr lediglich empfohlen, nicht jedoch vorgeschrieben.

Ein weiterer Hebel zur Eindämmung von Wegwerfgeschirr könnte es sein, städtische Subventionen für Veranstaltungen an entsprechende ökologische Kriterien zu koppeln. Ob dies ein gangbarer Weg ist, sollte jedenfalls geprüft werden.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

- 1) Der Gemeinderat ersucht die Steiermärkische Landesregierung am Petitionsweg um eine Änderung des § 46 der Steiermärkischen Veranstaltungssicherheitsverordnung, mit dem Ziel, die dort bei Veranstaltungen empfohlene Verwendung von Mehrweggebinden, Mehrweggeschirr und -besteck in eine verpflichtende Verwendung umzuwandeln.

---

<sup>1</sup> Richtlinie des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz vom 15.11.2007 für die Erteilung der Zustimmung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den öffentlichen Flächen

- 2) Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht zu prüfen, in welcher Form die Verwendung solcher Mehrwegsysteme als Voraussetzung für städtische Förderungen von Veranstaltungen implementiert werden könnte.

## **DRINGLICHER ANTRAG**

eingebraucht von Frau Gemeinderätin Dipl.Wirtschaftsingenieurin (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 16. November 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!  
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!  
Sehr geehrte Stadtregierung!

Graz gilt als Kinder- und Jugendstadt – und das zu Recht: Denn die Stadt tritt in vielen Fragen als Lobby für Kinder und Jugendliche in Erscheinung. Und dass Kinderrechte in der Menschenrechtsstadt Graz großgeschrieben werden, liegt auf der Hand – Kinderrechte sind Menschenrechte.

Warum dann Graz als erste europäische Menschenrechtsstadt auch den Titel „Kinderrechtsstadt“ anstreben sollte? Weil Kinderrechte in unserem Alltag dennoch viel zu oft eine viel zu geringe Rolle spielen. Auch bei uns, wenn man etwa sieht, dass bei Bauprojekten meist der Anzahl und Situierung der Parkplätze mehr Bedeutung zugemessen wird als den Spielplätzen und Spielgeräten.

Es kommt ja nicht von ungefähr, dass die am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung verabschiedete Kinderrechtskonvention verdeutlichen soll, dass für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nicht allein die Eltern verantwortlich sind, sondern es eine gesellschaftliche Verpflichtung ist, für die erforderlichen positiven Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Kinderrechtskonvention enthält 54 Artikel und deckt praktisch alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen ab, definiert die politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Kinder. Die vier Grundprinzipien: Das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung, die Priorität des Kindeswohls, das Recht auf bestmögliche Entwicklungschancen, etwa durch Zugang zu Bildung oder medizinischer Hilfe, und die Berücksichtigung des Kindeswillens – also die Mitbestimmung, die Partizipationsmöglichkeiten.

Gleichheit – Gesundheit – Bildung – Spiel und Freizeit – Beteiligung und freie Meinungsäußerung – Schutz vor Gewalt – Zugang zu Medien – Schutz der Privatsphäre und Würde – Schutz im Krieg und auf der Flucht – besondere Fürsorge und Förderung bei Behinderung: Sie werden meist als die wichtigsten Kinderrechte genannt. Und so sehr das nach Selbstverständlichkeiten klingt, so sind das bei genauerer Betrachtung nicht unbedingt selbstverständliche Rechte. Auch nicht in Graz.

Natürlich ist im Laufe der Jahre und Jahrzehnte vieles erreicht worden, was den Schutz von Kindern, was Hilfestellungen bei ihrer Entwicklung, was Kinderrechte betrifft. Und doch ist etliches zu tun: Immer noch haben auch in Graz nicht alle Kinder gleiche Bildungs-Chancen, immer noch wird bisweilen das Lachen spielender Kinder mit dem lärmenden Rasenmäher gleichgesetzt und darauf mit dem Ruf nach Polizei und Ordnungswache reagiert, immer noch und das nicht selten wird die „g’sunde Watsch’n“ nicht als Gewalt gegen Kinder, sondern als probates Erziehungsmittel missverstanden.

Das sind nur einige ganz wenige Beispiele, die verdeutlichen sollen: Es ist wichtig, sich die Kinderrechte mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, sich zu den Kinderrechten zu bekennen, sie als einen Auftrag zu sehen

und die UN-Konvention in allen Bereichen umzusetzen. Dem Beispiel Wiens zu folgen und sich „Kinderrechtsstadt“ benennen, wäre ein Signal auch über die Stadtgrenzen hinaus, das Graz den Kinderrechten höchste Wertigkeit beimisst.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

**Dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert zu prüfen, welche Schritte einzuleiten sind, damit Graz, als Ergänzung und langfristige Implementierung der Kinder- und Jugendstadt, den Titel „Kinderrechtsstadt“/„Stadt der Kinderrechte“ führen kann. Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis Februar 2024 vorzulegen.

Betreff: Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen

## **GEMEINSAMER DRINGLICHER ANTRAG VON SPÖ UND KPÖ**

eingbracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 16. November 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

25 Mal hat im heurigen Jahr bereits ein Mann eine Frau in Österreich ermordet. An erster Stelle dieser traurigen Statistik steht die Steiermark mit 12 Frauenmorden. Dazu kommen auch noch 38 Mordversuche (Stand 8.11.2023, AUF). Österreich ist insgesamt eines der wenigen Länder, in dem mehr Frauen getötet werden als Männer. Wir haben ein großes Problem in unserer Gesellschaft und das heißt: Männergewalt. Die Täter waren fast immer Männer aus dem engsten sozialen Umfeld. Rund zwei Drittel aller Gewaltverbrechen an Frauen werden im eigenen Zuhause verübt und immer noch erfährt fast jede 5. Frau in Österreich körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Häusliche Gewalt ist folglich auch in Österreich ein Problem, das auf die patriarchalen Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft zurückzuführen ist.

Die bisher gesetzten politischen Maßnahmen auf Bundesebene reichen nicht annähernd aus, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Vor allem die dafür zuständigen Ministerien scheinen den Ernst der Lage noch immer nicht erkannt zu haben. Speziell aus dem Innenministerium erwarten wir uns hier mehr finanzielle Unterstützung und Maßnahmen, immerhin geht es hier um den Schutz von mehr als der Hälfte der Bevölkerung. Nach den vielen Femiziden, die im ersten Halbjahr des Jahres 2021 verübt wurden, erhöhte die Bundesregierung ihre Ausgaben für den Opferschutz auf 24,6 Millionen Euro, doch die Aufstockung der Finanzierung ist bei den Einrichtungen bis jetzt immer noch vielerorts nicht angekommen. Die Forderung von Opferschutzorganisationen nach 228 Millionen Euro wurden nicht einmal annähernd umgesetzt. Das 2014 in Kraft getretene „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, auch Istanbul-Konvention genannt, gilt momentan als wichtigstes internationales Rechtsinstrument gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt. Als SPÖ Frauen fordern wir schon lange einen nationalen Aktionsplan gegen Gewalt. Österreich muss die Istanbul-Konvention endlich umsetzen. Das heißt einen massiven bundesweiten Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen und Gewaltambulanzen, einheitliche Hochrisiko-Fallkonferenzen und Investitionen in Präventiv- und Täterarbeit. Besonders wichtig ist auch eine Verankerung des Gewaltschutzes in unserem Bildungssystem. Buben und junge Männer sollen so frühzeitig gewaltfreie Konfliktlösung und gesunde Männlichkeitsbilder lernen.

Denn Gewalt an Frauen ist nichts, um das sich Frauen alleine kümmern müssen. Es ist ein gesellschaftliches Problem, für dessen Lösung vor allem Männer gefragt sind. Es sind Männer, die diese Morde begehen, daher stehen Männer auch in der Verantwortung, dagegen vorzugehen. Frauenmorde sind nur die Spitze der Gewaltpyramide, die breite Basis bietet struktureller Sexismus. Aktiver Gewaltschutz heißt also auch, Alltagssexismus und frauenfeindliches Gedankengut bei den eigenen Freunden und Kollegen anzusprechen und sie auf Unterstützungsangebote zur Gewaltvermeidung hinzuweisen. Auch in der Kindererziehung ist gelebter Gewaltschutz entscheidend. Deshalb braucht es ein gut budgetiertes und flächendeckendes Angebot von Männerberatungsstellen, die essentiell sind, wenn wir präventiv gegen Gewalt vorgehen wollen und die Ursache für häusliche Gewalt und sexualisierte Übergriffe nicht bei den Betroffenen, sondern den Tätern suchen.

Daher stelle ich im Namen der SPÖ und KPÖ den

**gemeinsamen dringlichen Antrag:**

Die Stadt möge auf dem Petitionswege an die Bundesregierung, im Besonderen an Frauenministerin Raab, herantreten um schnellstmöglich einen nationalen Aktionsplan gegen Männergewalt auszuarbeiten, einen permanenten Krisenstab von Justiz-, Innen-, und Frauenministerium gemeinsam mit Frauen-, Männer- und Opferschutzeinrichtungen einzurichten, flächendeckende Hochrisikofallkonferenzen zu schaffen und mit dem massiven Ausbau der Präventions- und opferorientierten Täterarbeit konkrete Schritte zur Verhinderung von Femiziden zu setzen.

GR GI Sabine POGNER

16.11.2023

## ZUSATZANTRAG

Betreff: Zusatzantrag zum gemeinsamen Dringlichen Antrag von SPÖ und KPÖ, eingebracht von GR Anna Robosch, betreffend Aktionsplan gegen Männergewalt

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Es ist eine traurige Tatsache - wie auch schon aus dem Dringlichen Antrag hervorgeht, dass es 2023 bereits 12 Femizide in der Steiermark gab und es ist daher auch Aufgabe der eigenen Kommune, dagegen etwas zu unternehmen.

Es gibt in der Steiermark und in der Stadt Graz eine hohe Anzahl an Präventionsmaßnahmen und Gewaltschutzeinrichtungen, aber diese müssen sowohl den (potenziellen) Opfern als auch den potentiellen Tätern nähergebracht werden. Denn nur dann sind weitere Maßnahmen sinnvoll.

Eine Studie im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds unter der Leitung von Kenan Güngör hat nun untersucht, wie jugendliche Submilieus im urbanen Raum organisiert und mit welchen Maßnahmen sie zu erreichen sind. Sie zeigen, dass in migrantischen Milieus Homophobie und Sexismus zunehmend problematische Themen sind.

Im Sinne der Prävention müssen deshalb auch die für Frauen und Gleichstellung zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr und der für Integration zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer einen Beitrag leisten und verstärkt Schritte setzen, die einen respektvollen und gewaltfreien Umgang von Männern mit Frauen fordern und fördern

Namens des Gemeinderatsclubs der Grazer ÖVP stelle ich folgenden

### **Zusatzantrag:**

Die für das Referat Frauen und Gleichstellung zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr und der für Integration zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer sowie Jugendstadtrat Kurt Hohensinner werden ersucht zu prüfen, wie eine Informationskampagne gegen Gewalt an Frauen verbunden mit dem Hinweis auf alle Präventionsmaßnahmen und Gewaltschutzeinrichtungen in der Stadt Graz umgesetzt werden kann.

Der Fokus soll dabei auf Aufklärung, Ressourcen für Opfer und die Förderung von Gleichberechtigung liegen.

GR Mag. Astrid Schleicher  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 15. November 2023

Betreff: ADHS-Verdachtsfälle  
**Dringlicher Antrag**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Anstoß für diesen Dringlichkeitsantrag waren Gespräche mit mehreren Personen aus unterschiedlichen Gesundheitsberufen, die auf die durchaus hohe Anzahl von Ritalin Verschreibungen hinwiesen.

Ritalin ist ein Medikament mit dem Wirkstoff Methylphenidat, es wird bei der Diagnose ADHS – Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung – verschrieben. Es gibt noch weitere Medikamente mit demselben Wirkstoff, wobei scheinbar Ritalin das gängigste ist.

Bereits häufiger war das Medikament in den Medien, da es offenbar auch gerne missbräuchlich verwendet wird, beispielsweise von Studierenden zur Leistungssteigerung. In den USA hat es mit dem Namen „Hausfrauen-Koks“ traurige Bekanntheit erlangt.

In einer Diplomarbeit verfasst an der Medizinischen Universität Graz im Jahr 2017 heißt es:

*Obwohl in den letzten Jahren ein drastischer Anstieg bei der Anzahl der Verschreibungen dieses Wirkstoffes verzeichnet werden konnte, ist über die genaue Wirkungsweise noch relativ wenig bekannt. Besonders im Hinblick auf die Folgen einer Langzeittherapie, sowie deren möglichen Auswirkungen auf das Gehirn, gibt es zu diesem Zeitpunkt noch sehr wenig aussagekräftige Studien. Da dieser Wirkstoff sowohl in der Therapie der ADHS, als auch missbräuchlich zur Steigerung der Leistungsfähigkeit breite Anwendung findet, sind zukünftig weitere Studien notwendig, um die noch zahlreich vorhandenen offenen Fragen zu klären.*

Zur Behandlung von ADHS wird Ritalin bereits oft schon im Volksschulalter Kindern verschrieben. In Deutschland ist der Verbrauch des Medikamentes in den letzten 20 Jahren um das 50-fache gestiegen, in Österreich von 2002 – 2014 um das Zehnfache! Diese erschreckenden Zahlen, wenn gleich keine genauen aktuellen Zahlen zu finden sind, weisen doch auf ein dringliches Problem hin, das Handlungsbedarf.

Zudem ist nicht bekannt, ob die Corona-Pandemie, die besonders für Kinder und Jugendliche eine herausfordernde Zeit war, weitere Verschlechterungen hervorgerufen hat.

Da es laut Experten auch an einem ausführlichen, standardisierten Testverfahren fehlt, werden wohl auch Diagnosen tendenziell zu früh gestellt (Internetquellen zu Folge oft bereits nach 3 Terminen) und Medikamente verschrieben.

Ritalin ist alles andere als harmlos – bei längerer Einnahme kann es zu Wachstumsstörungen, gezügeltem Appetit oder Depressionen kommen. Auf Grund fehlender, konkreter Langzeitstudien sind irreversiblen Schäden am noch reifenden Gehirn der Kinder und Jugendlichen nicht ausgeschlossen.

Obwohl es diesen Wirkstoff bereits mehrere Jahrzehnte gibt, ist die Datenlage sehr gering. Eltern ist es oftmals nicht möglich, selbst mit dem Fachwissen der Ärzte, eine Entscheidung über die Gabe von Ritalin reinen Gewissens zu treffen.

Ein weiteres Faktum erschwert die Problematik. Laut Kinderärzten gibt es viel zu wenige kassenfinanzierte Therapieplätze für Psychotherapie. Es zeigen sich hier einige, sehr dringliche Probleme im Gesundheitsbereich.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- ~~1. Gesundheitsstadtrat Krotzer wird beauftragt, an die zuständigen Stellen wie beispielsweise die steirische Ärztekammer und/oder Apothekerkammer oder auch Sozialversicherungsträger heranzutreten, um aktuelle Daten zur Verabreichung des Wirkstoffs Methylphenidat zu bekommen und um einen Überblick über die Anzahl der Verschreibungen und Diagnosen von ADHS pro Jahr im Großraum Graz zu schaffen und dann im Gesundheitsausschuss darüber Bericht zu erstatten.~~
- ~~2. Zudem soll im Rahmen des Gesundheitsausschusses eruiert werden, warum es zu diesem drastischen Anstieg der Verschreibungen von diesem Wirkstoff gekommen ist und welche Maßnahmen die Stadt Graz zur Prävention setzen kann, um speziell Kindern und Jugendlichen, sowie deren Eltern Unterstützung anbieten zu können.~~
- ~~3. Gesundheitsstadtrat Krotzer wird beauftragt an die zuständigen Stellen im Land Steiermark heranzutreten und mehr kassenfinanzierte Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche in Graz zu fordern.~~

**Gemeinderätin Dr.in med.-univ. Amrei Lässer**

Donnerstag, 16. November 2023

**Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag des KFG  
„ADHS-Verdachtsfälle“**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die Verschreibung von Ritalin hat sich in den letzten 20 Jahren zwar nicht verzehnfacht, aber immerhin verdoppelt. Grund genug, sich mit dieser Erhöhung auseinanderzusetzen und diese zu hinterfragen. Um eine überschießende Nutzung von Medikamenten hintanzuhalten, ist es sicherlich wünschenswert, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern wie beispielweise das Familienkompetenzzentrum Graz und die Grazer Gesundheitsdrehscheibe bekannter zu machen und die dort bereits vorhandenen Angebote noch weiter auszubauen.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz stelle ich folgenden

**Abänderungsantrag:**

**Der Gemeinderat wolle beschließen:**

- 1. Das Gesundheitsamt wird gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie damit beauftragt, geeignete Maßnahmen zu erarbeiten, um Eltern von Kindern und Jugendlichen mit ADHS-Diagnose noch besser unterstützen zu können.**
- 2. Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die zuständigen Stellen im Bund und im Land heran, um mehr kassenfinanzierte Psychotherapieplätze für Kinder und Jugendliche in Graz sowie den Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu fordern.**

GR Mag. Michael Winter  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 15. November 2023

Betreff: Lösungen für von diversen Verkehrsmaßnahmen betroffenen Gebieten  
**Dringlicher Antrag**

In der Gemeinderatssitzung vom September 2023 wurde unser Dringlichkeitsantrag zum „Umbau Graz“ in den meisten Punkten einstimmig angenommen. Dieser hatte bereits zum Teil im Motiventext die Auswirkungen von diversen Projekten wie Fahrradstraßen, Begegnungszonen, Baustellen usw. auf die umliegenden Gebiete zum Thema.

Unter anderem wurde ausgeführt:

*Dies führt jedoch zu massiven Verlagerungen von Verkehr in Seitengassen und Ausweichrouten werden zusätzlich verstopft. Vor allem vormals eher ruhige und aufgrund der Lage verkehrsberuhigte Gegenden werden durch fehlende Gesamtkonzepte besonders belastet.*

Da bereits an weiteren mindestens DREI neuen Fahrradstraßen gearbeitet wird, scheinen Gesamtkonzepte für von Verlagerungen betroffenen Gebiete dringlicher denn je. Zudem kommt es in naher Zukunft, durch zugegeben durchaus notwendigen Baustellen und damit einhergehenden Totalsperren zu weiteren Verkehrsflussverlagerungen. Hierzu sind zusätzlich zu den Fahrradstraßen, die dauerhafte Verlagerungen verursachen, noch die langjährige Sperre der Unterführung Peter-Tunner-Gasse sowie weitere Projekte der GKB Unterführungen anzuführen. Zudem sollte es auch zumindest Planungen und Informationen zu vermeintlich „kurzen“ Baustellen wie Kreuzungsumbauten etc. in den jeweiligen Gebieten geben (Teil des dringlichen Antrages von 09/2023 – Info Kampagnen). Auch die temporäre Errichtung der Fahrradstraße in der „kleinen“ Neutorgasse wird wohl direkte Auswirkungen auf verschiedene Personengruppen haben, zumal auf Grund der Umgestaltungsmaßnahmen (Wegfall der Parkplätze) davon ausgegangen werden kann, dass es auch hier zu Überlegungen in Bezug auf den Durchzugsverkehr kommen wird. Dies allerdings zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Mutmaßung.

Mit all diesen „Einzelmaßnahmen“ werden also nicht nur Anrainer, sondern ein weit größerer Personenkreis zu Umfahrungen gezwungen, denen jedenfalls schon in Planungen eine höhere Priorität beigemessen werden muss. Denn obwohl mögliche Verlagerungen zum Beispiel im Vorfeld der Umsetzung der Marburger Straße vermeintlich berücksichtigt wurden, kam es dennoch zu enormen Belastungen in den Seitengassen und bildeten sich neue Durchzugsstrecken mit teils weit geringerem Straßenquerschnitt und Eignung.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die für den Verkehr zuständige Bürgermeister-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner wird beauftragt, im Vorfeld von längerfristigen oder dauerhaften Baustellen, Sperren oder auch Beschränkungen wie zum Beispiel bei Fahrradstraßen ein Konzept zur Verkehrsflussumleitung zu erarbeiten und zu veröffentlichen, um geeignete Alternativrouten oder Möglichkeiten zum sinnvollen Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel anzubieten.

## Dringlicher Antrag

eingbracht von Gemeinderat **Mag. Philipp Pointner**  
in der Gemeinderatssitzung am 16. November 2023

### Betreff: **Sanktionen bei illegaler Parteienfinanzierung**

Kürzlich hat der [Bundesrechnungshof](#) aufgedeckt, dass der Grazer SPÖ-Gemeinderatsklub unrechtmäßige Parteispenden getätigt hat. Dies ist - wie die Vergangenheit zeigt - leider kein Einzelfall, sondern eine scheinbar "Never-ending-story" in der österreichischen Innenpolitik. Der neuerliche Vorfall zeigt, dass, wenn nicht umgehend Maßnahmen ergriffen werden, dies mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht der letzte Fall von unzulässigen Parteispenden gewesen sein wird.

Besonders vor dem Hintergrund der im Land Steiermark liegen gebliebenen [Statutenreform](#) für die Landeshauptstadt Graz, die unter anderem auf mehr Transparenz bei den Klubfördermitteln abzielt, ist der neuerliche Vorfall ein Skandal und zeigt, dass schärfere Kontrollrechte für den Stadtrechnungshof und gläserne Parteien dringender notwendig sind denn je.

Um sicherzustellen, dass nicht noch mehr Steuergelder der Grazer Bürgerinnen und Bürger von den Gemeinderatsklubs zweckentfremdet werden und in die Kassen von Parteien fließen, bevor die Statutenreform durch das Land Steiermark beschlossen wird, ist dringend eine Regelung notwendig, um im Bedarfsfall Sanktionen setzen zu können.

Solch eine Regelung könnte sich an den Grundsätzen des [Grazer Fairnessabkommens](#) orientieren, welches im Juli 2021 von allen damals im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien – mit Ausnahme der ÖVP - unterzeichnet wurde. In Punkt 2 dieses Abkommens sind klare Sanktionen für Verstöße festgelegt und es liegt eine detaillierte Handlungsrichtlinie vor:

*„Die Strafzahlung soll als Spende an eine oder mehrere Organisationen oder Initiativen gehen, die einen mildtätigen Zweck verfolgen. Parteinahе Organisationen und Initiativen sind davon ausgeschlossen“*

Anknüpfend an diese Regelung, stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden

### **dringlichen Antrag:**

**Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, eine zeitweilige Regelung zur Implementierung von Strafzahlungen bei missbräuchlicher Verwendung von Klubgeldern nach Vorbild des Grazer Fairnessabkommens gemäß Motiventext zu prüfen und dem Grazer Gemeinderat umgehend eine allfällige Regelung zur Beschlussfassung vorzulegen.**

## Dringlicher Antrag

eingebraucht von Gemeinderätin **Sabine Reininghaus**  
in der Gemeinderatssitzung am 16. November 2023

### Betreff: Entlastung der Vollzeitarbeit im unteren Einkommens-Quartil jetzt

Es braucht jetzt dringend eine Entlastung des Faktors Arbeit. Österreich, als ein Hochsteuerland und einer Abgabenquote von 43,2% (3. Platz im Europavergleich) konfrontiert seine Bürgerinnen und Bürger mit zahlreichen finanziellen Belastungen (<https://www.agenda-austria.at/grafiken/trotz-steuerreform-hochsteuerland>). Dazu zählen steigende Steuern, Mieten, Energiekosten, Kreditzinsen und die höchste Inflationsrate seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese Faktoren führen dazu, dass 17% der Vollzeitbeschäftigten trotz ihres Einkommens in Armut abrutschen. (<https://www.derstandard.at/story/3000000191509/arm-trotz-vollzeitjob-was-es-heisst-ohne-geld-aufzuwachsen>)

Längst überfällig ist eine deutlich spürbare Entlastung niedrigerer Einkommen, da ein angemessenes Nettogehalt der Schlüssel ist, um Menschen zur Arbeit zu motivieren und sie in Beschäftigung zu halten (<https://crosswater-job-guide.com/archives/76258/ein-gutes-gehalt-ist-das-wichtigste-auswahlkriterium-bei-der-wahl-einer-neuen-stelle>).

Der „Stepstone Gehaltsreport 2023“ verdeutlicht, dass in Österreich das Einkommen sehr unterschiedlich ist. Während drei Viertel der Vollzeitbeschäftigten im oberen Quartil durchschnittlich 66.333 Euro brutto jährlich verdienen, liegt das Einkommen für ein Viertel im unteren Quartil bei 39.667 Euro. (<https://www.stepstone.at/e-recruiting/blog/durchschnittsgehalt-oesterreich-stepstone-gehaltsreport/>). Nach Abzug von Steuern und Lohnnebenkosten bleibt für Personen im unteren Quartil ein Nettogehalt von knapp 2.000 Euro übrig, was die hohe Steuerbelastung in Österreich unterstreicht.

So kommt man im unteren Quartil auf 2.833 Euro brutto, wovon nach Abzug der Steuern (816 Euro) knapp 2.000 Euro netto übrigbleiben. Dass die Lohnnebenkosten und Steuern insgesamt 1.655 Euro ausmachen und dass 3.672 Euro bezahlt werden müssen damit jemand knapp 2000 Euro netto verdient, zeigt, dass Österreich tatsächlich ein massives Problem hat.

Was zudem für Lohnnebenkostensenkungen spricht, ist das extreme Abgaben-Ungleichgewicht zwischen Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen, aber auch zwischen Vollzeit-Arbeitnehmer:innen und Teilzeit-Arbeitnehmer:innen oder zwischen Arbeitnehmer:innen und Selbstständigen/Bauern. Arbeitnehmer:innen tragen die Hauptlast des Sozialstaates, erst mit der Pensionierung fällt ein Großteil der Abgaben weg (PV, ALV, Wohnbauförderung, FLAF, Kommunalsteuer,...). Arbeitnehmer:innen stemmen aber auch beispielsweise die Beiträge für die Wohnbauförderung alleine. Es wäre als daher als Zeichen der Entlastung und der Attraktivierung der Lohnarbeit längst überfällig diese Beiträge zu senken.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den folgenden

**dringlichen Antrag:**

**Der Grazer Gemeinderat tritt auf dem Petitionswege an die Bundesregierung, insbesondere an den Minister für Arbeit und Wirtschaft heran, dieser möge schnellstmöglich eine Regierungsvorlage vorlegen, die eine schrittweise Senkung der hohen Lohnnebenkosten und Steuern auf das OECD-Durchschnittsniveau vorsieht.**

---

GR Günter Wagner  
**Dringlicher Antrag**

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung  
vom **16. November 2023** von Gemeinderat Günter Wagner

Graz, am 16. November 2023

Betreff: Schaffung einer Expositur der Dokumentationsstelle Politischer Islam in Graz  
**Dringlicher Antrag**

Die letzten Wochen haben einmal mehr gezeigt, wie weit die Radikalisierung in großen Teilen der muslimischen Jugend in Graz bereits fortgeschritten ist. Wir haben erlebt, wie ein 14-jähriger Junge mit syrischer Abstammung in den sozialen Medien drohte unsere Heimatstadt zu zerstören. Auf der Straße häufen sich die Pro-Palästina-Demos mit teils sehr jungen Teilnehmern und äußerst fragwürdigen Sprechchören. So wurde beispielsweise bereits mehrmals die in Deutschland seit kurzem verbotene Parole „From the river to the sea, Palestine must be free“ skandiert. Nicht zuletzt sorgte auch der antisemitische Angriff auf die Israel-Fahne am Hauptplatz für Aufsehen. Auch hier soll es sich beim Hauptverdächtigen um einen jugendlichen Syrer handeln.

Diese Vorfälle zeigen, dass es dringend notwendig ist, die zunehmende Radikalisierung der islamistischen Szene in Graz, vor allem unter den Jugendlichen, genauer unter die Lupe zu nehmen. Ein entscheidender Faktor hierfür könnte die von der aktuellen Bundesregierung eingeführte Dokumentationsstelle Politischer Islam sein. Wir fordern die Schaffung einer Expositur dieser Dokumentationsstelle in Graz, um den Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, diese gefährlichen Entwicklungen in unserer Heimatstadt vor Ort zu untersuchen. Damit könnte die Überwachung der Grazer Islamistszene signifikant vereinfacht und die Informationslage für die Sicherheitsbehörden verbessert werden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO des Gemeinderats  
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat möge auf dem Petitionswege mit dem Ersuchen an die österreichische Bundesregierung herantreten, eine Expositur der Dokumentationsstelle Politischer Islam zur besseren Überwachung der islamistischen Szene in der Steiermark und speziell in Graz zu schaffen.